



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Herausgeber: Bezirksregierung Münster

Münster, den 8. März 2019

Nummer 10

INHALTSVERZEICHNIS

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung	73		
47 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)	73		
48 Bekanntgabe gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das Vorhaben „2. Werkserweiterung Standort Anholt der Fa. TROX GmbH im Überschwemmungsgebiet der Issel bei Fluss-km 126,0, rechtes Ufer“	73	49	Bekanntgabe gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das Vorhaben „Rahmenplan Innenstadt Maßnahme F2 – Neugestaltung Kettelerufer zwischen Ludgeri- und Nepomukbrücke in Rheine, 1. Bauabschnitt, Stationierung 212.18 bis 213.0“ 74
		C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen	74
		50 Haushaltssatzung	74

B: Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

47 Bekanntmachung gemäß § 10 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)

Bezirksregierung Münster 48147 Münster, 01.03.2019
Dezernat 52 Domplatz 1-3
Az.: 52-500-0342195/0018.V und
Az.: 52-500-0912991/0012.V

Firma Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH (EGW), Gescher

Die Firma Entsorgungs-Gesellschaft Westmünsterland mbH (EGW), Estern 41, 48712 Gescher, hat die Änderungsgenehmigungen zur wesentlichen Änderung der gemäß BImSchG genehmigten Änderung der Bioabfallkompostierungsanlage (BAK), Anlage zur Kompostierung von Bioabfällen in 48712 Gescher und Vergärungsanlage (VGA), Anlage zur Vergärung von Bioabfällen in 48712 Gescher, beantragt.

Der für Dienstag, den 12.03.2019 um 9.30 Uhr im Sitzungssaal N 0001 der Bezirksregierung Münster, Albrecht-Thaer-Straße 9 in 48147 Münster, vorgesehene Erörterungstermin wird aus organisatorischen Gründen verlegt und zwar auf den 15.03.2019 um 10.00 Uhr im Verwaltungsgebäude der EGW, kleiner Sitzungssaal, Estern 41 in 48712 Gescher, da gegen das beantragte Vorhaben eine Einwendung innerhalb der Einwendungsfrist erhoben wurde.

Im Auftrag
gez. Volker Stienecker
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2019 S. 73

48 Bekanntgabe gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das Vorhaben „2. Werkserweiterung Standort Anholt der Fa. TROX GmbH im Überschwemmungsgebiet der Issel bei Fluss-km 126,0, rechtes Ufer“

Bezirksregierung Münster Münster, den 22.02.2019
Az.: 54.09.01.08-002/2018.0002

Der Vorhabenträger Fa. TROX GmbH plant die Maßnahme „2. Werkserweiterung Standort Anholt der Fa. TROX

GmbH im Überschwemmungsgebiet der Issel bei Fluss-km 126,0, rechtes Ufer“ Das Vorhaben gliedert sich in zwei räumlich voneinander getrennten Teilvorhaben, der Werks-erweiterung im Osten des Plangebiets und die im Süden und Westen hieran anschließenden Ausgleichsflächen.

Das Vorhaben führt im Bereich der Werkserweiterung zu einer Flächeninanspruchnahme von 3,78 ha. Folgende Maßnahmen sind geplant:

- Herstellung einer hochwasserfreien Geländeauffüllung für ein HQ 100 zzgl. Freibord
- Errichtung einer Produktionshalle und von Erschließungsanlagen
- Entwässerung und Behandlung von Niederschlagswasser
- Naturnahe Verlegung des Feldschlaggrabens
- Herstellung eines Landschaftsbauwerks und landschaftsbildgerechte Bepflanzung

Eine ca. 3,97 ha große Fläche südlich und südwestlich der geplanten Werkserweiterung bis zur Issel ist insbesondere als Standort der wasserwirtschaftlichen und ökologischen Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen.

- Rückbau der isselnahen Verwallung und binnenseitige Neutrassierung
- Uferumgestaltung zur Aufweitung des Gerinnes der Issel
- Naturnahe Verlegung des Feldschlaggrabens

Es handelt sich um ein Vorhaben zum Gewässerausbau nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Das Vorhaben der Fa. TROX GmbH ist nach § 7 UVPG i. V. m. der Anlage 1 zum UVPG der Nr. 13.18.1 „Sonstige der Art nach nicht von den Nummern 13.1 bis 13.17 erfasste Ausbaumaßnahme im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes“ zuzurechnen. Hiernach ist eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen.

Dabei ist durch eine überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Kriterien zu untersuchen,

ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben kann.

Das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsvorprüfung ist gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekannt zu geben, wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleiben kann.

Die Prüfung der eingereichten Unterlagen haben, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der beteiligten Träger öffentlicher Belange und der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG zu dem Ergebnis geführt, dass für das Vorhaben der Fa. TROX GmbH eine Umweltverträglichkeitsprüfung **nicht** erforderlich ist. Das Vorhaben hat **keine** erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

Maßgeblich für diese Feststellung ist insbesondere, dass die wesentlichen Auswirkungen der geplanten Werkserweiterung unter Berücksichtigung der vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und zur Kompensation von Beeinträchtigungen bei keinen der untersuchten Schutzgütern zu erheblichen Auswirkungen führt.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Bezirksregierung Münster
Obere Wasserbehörde
AZ.: 54.09.01.08-002/2018.0002
Im Auftrag
gez. Luttrup
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2019 S. 73-74

49 Bekanntgabe gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das Vorhaben „Rahmenplan Innenstadt Maßnahme F2 – Neugestaltung Kettelerufer zwischen Ludgeri- und Nepomukbrücke in Rheine, 1. Bauabschnitt, Stationierung 212.18 bis 213.0“

Bezirksregierung Münster Münster, den 27.02.2019
Az.: 54.09.01.01-028

Der Vorhabenträger Stadt Rheine plant die Maßnahme „Rahmenplan Innenstadt Maßnahme F2 – Neugestaltung Kettelerufer zwischen Ludgeri- und Nepomukbrücke in Rheine, 1. Bauabschnitt, Stationierung 212.18 bis

213.0“ Das Vorhaben dient der Neugestaltung des Kettelerufers mit dem Ziel, dieses an die neuen Ansprüche der Bevölkerung und die baulichen Erfordernisse anzupassen. Es handelt sich um ein Vorhaben zum Gewässerausbau nach § 68 Wasserhaushaltsgesetz (WHG).

Das Vorhaben der Stadt Rheine ist nach § 7 UVPG i. V. m. der Anlage 1 zum UVPG der Nr. 13.18.1 „Sonstige der Art nach nicht von den Nummern 13.1 bis 13.17 erfasste Ausbaumaßnahme im Sinne des Wasserhaushaltsgesetzes“ zuzurechnen. Hiernach ist eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen.

Dabei ist durch eine überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Kriterien zu untersuchen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben kann.

Das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsvorprüfung ist gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekannt zu geben, wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung unterbleiben kann.

Die Prüfung der eingereichten Unterlagen haben, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der beteiligten Träger öffentlicher Belange und der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG zu dem Ergebnis geführt, dass für das Vorhaben der Stadt Rheine eine Umweltverträglichkeitsprüfung **nicht** erforderlich ist. Das Vorhaben hat **keine** erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

Maßgeblich für diese Feststellung ist insbesondere, dass es unter Einhaltung der aufgeführten Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen nur zu sehr geringen Beeinträchtigung der relevanten Schutzgüter kommt und diese darüber hinaus nur zeitweilig und lokal beeinträchtigt werden.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Bezirksregierung Münster
Obere Wasserbehörde
AZ.: 54.09.01.01-028
Im Auftrag
gez. Büteröwe
Abl. Bez.Reg. Mstr. 2019 S. 74

C: Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

50 Haushaltssatzung

Aufgrund des § 18 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03. Februar 2015 (GV. NRW. S. 204), in Verbindung mit den §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966), und den §§ 1 und 19 der Zweckverbandssatzung der EUREGIO hat die Verbandsversammlung der EUREGIO mit Beschluss vom 18. Januar 2019 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019, der die für die Erfüllung der Aufgaben der EUREGIO voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

Gesamtbetrag der Erträge auf	4.362.506 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	4.329.087 €

im Finanzplan mit

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.362.576 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.278.051 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	0 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	100.400 €
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	0 €

festgesetzt.

§ 2

Kredite für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht stattfinden.

§ 5

Kredite zur Liquiditätssicherung werden nicht beansprucht.

§ 6

Die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedskörperschaften werden aufgrund des Artikels 4 (13) des Vertrages von Anholt und des Artikels 19 (1) der Zweckverbandssatzung der EUREGIO auf

985.362 €

festgesetzt. Eine zusätzliche Verbandsumlage nach § 19 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) wird nicht erhoben.

§ 7

- entfällt -

§ 8

1. Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden gemäß § 21 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) die zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche zu Budgets verbunden.

2. Mehrerträge erhöhen gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO NRW die Ermächtigungen für Aufwendungen. Diese Mehraufwendungen gelten nicht als überplanmäßige Aufwendungen.

3. Für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gelten die Regelungen des § 83 Gemeindeordnung NRW (GO NRW). Über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer im Einzelfall bis zu 30.000 EUR und der Vorstand im Einzelfall bis zu 60.000 EUR.

Darüber hinaus entscheidet der Geschäftsführer in seiner Funktion als Kämmerer mit Zustimmung des Vorstandes über die Leistung dieser Aufwendungen und Auszahlungen im Einzelfall bis zu 1.000.000 EUR, wenn die sich hieraus ergebenden Mehrerträge unter Einbeziehung der Mehrerträge aus internen Leistungsbeziehungen (Gemeinkosten) die Mehraufwendungen um nicht mehr als 25.000 EUR unterschreiten.

4. Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen können mit Zustimmung des Geschäftsführers in seiner Funktion als Kämmerer übertragen werden. Werden sie übertragen, bleiben sie bis zum Ende des folgenden Haushaltsjahres verfügbar. Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Werden Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr nicht begonnen, bleiben die Ermächtigungen bis zum Ende des zweiten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr verfügbar. Im Übrigen gelten für Ermächtigungsübertragungen die Bestimmungen des § 22 Abs. 2 – 4 GemHVO NRW.

5. Investitionsmaßnahmen werden gemäß § 4 Abs. 4 GemHVO NRW einzeln im Haushaltsplan ausgewiesen, wenn sie einen Auszahlungsbedarf von 50.000 € überschreiten.

Begrotingsreglement

Op grond van § 18 lid 1 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) in de versie gepubliceerd op 1 oktober 1979 (*Gesetz- und Verordnungsblatt NRW* [GV. NRW.] blz. 621), laatstelijk gewijzigd bij wet van 3 februari 2015 (GV. NRW. blz. 204), in combinatie met §§ 78 e.v. van de *Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen* (GO NRW) in de versie gepubliceerd op 14 juli 1994 (GV. NRW. blz. 666), laatstelijk gewijzigd bij artikel 1 van de wet van 15 november 2016 (GV. NRW. blz. 966), en §§ 1 en 19 van de *Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO*, heeft het Algemeen Bestuur van de EUREGIO bij besluit van 18 januari 2019 het volgende begrotingsreglement aangenomen.

§ 1

De begroting voor het begrotingsjaar 2019, die de voor de vervulling van de taken van de EUREGIO geraamde baten en lasten omvat, inclusief ontvangen stortingen en te verrichten betalingen en noodzakelijke vastleggingskredieten, wordt

in het exploitatie-overzicht vastgesteld op

totale baten van	€ 4.362.506
totale lasten van	€ 4.329.087

in het kasstroomoverzicht vastgesteld op

totaalbedrag van ontvangsten uit gewone bedrijfsvoering van	€ 4.362.576
totaalbedrag van betalingen uit gewone bedrijfsvoering van	€ 4.278.051
totaalbedrag van ontvangsten uit de investeringsactiviteit van	€ 0
totaalbedrag van betalingen uit de investeringsactiviteit van	€ 100.400
totaalbedrag van ontvangsten uit de financieringsactiviteit van	€ 0
totaalbedrag van betalingen uit de financieringsactiviteit van	€ 0.

§ 2

Er worden geen kredieten voor investeringen begroot.

§ 3

Er worden geen vaststellingskredieten begroot.

§ 4

Er zal geen beroep op het eigen vermogen worden gedaan.

§ 5

Er wordt geen beroep gedaan op kredieten ter waarborging van de liquiditeit.

§ 6

De ledenbijdragen van de lidorganen worden overeenkomstig artikel 4 (13) van het Verdrag van Anholt en van artikel 19 (1) van de *Gemeenschappelijke Regeling van de EUREGIO* vastgesteld op

€ 985.362.

Naast deze ledenbijdragen wordt er geen *Verbandsumlage* overeenkomstig § 19 van het *Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GkG NRW) opgelegd.

§ 7

- vervalt -

§ 8

1. Ten behoeve van een flexibel begrotingsbeheer worden overeenkomstig § 21 lid 1 *Gemeindehaushaltsverordnung NRW* (GemHVO NRW) de contante baten en lasten

alsmede ontvangsten en betalingen binnen de productgebieden tot budgetten samengevoegd.

2. Meeropbrengsten verhogen overeenkomstig § 21 lid 2 GemHVO NRW de bevoegdheden voor te maken kosten. Deze meerkosten worden niet als bovenplanmatige lasten beschouwd.
3. Voor bovenplanmatige of niet-budgettaire kosten en betalingen gelden de bepalingen van § 83 GO NRW. Over de betaling van deze kosten en de verrichting van deze betalingen beslist de directeur in zijn hoedanigheid van financieel beheerder van geval tot geval tot een bedrag van EUR 30.000 en het bestuur van geval tot geval tot een bedrag van EUR 60.000.
Daarnaast beslist de directeur in zijn hoedanigheid van financieel beheerder met goedkeuring van het bestuur over de betaling van deze kosten van geval tot geval tot een bedrag van EUR 1.000.000 wanneer de hieruit resulterende meeropbrengsten met inachtneming van de meeropbrengsten uit interne verrekeningen (overheadkosten) ten hoogste EUR 25.000 lager zijn dan de meerkosten.
4. Bevoegdheden voor kosten en betalingen kunnen worden overgedragen met goedkeuring van de directeur in zijn hoedanigheid als financieel beheerder. Als ze worden overgedragen, blijven ze tot het einde van het volgende begrotingsjaar bestaan. Bevoegdheden tot het verrichten van betalingen voor investeringen blijven tot de opeisbaarheid van de laatste betaling voor hun doel bestaan. Wanneer investeringsactiviteiten niet in het begrotingsjaar worden gestart, blijven de bevoegdheden tot het einde van het tweede op het begrotingsjaar volgende jaar bestaan. Voor het overige zijn op de overdracht van bevoegdheden de bepalingen van § 22 lid 2 – 4 GemHVO NRW van toepassing.
5. Investeringsactiviteiten worden in de begroting afzonderlijk gespecificeerd overeenkomstig § 4 lid 4 GemHVO NRW wanneer ze een bestedingsniveau van € 50.000 overschrijden.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c) der Vorsitzende der Verbandsversammlung hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Gronau, 26.02.2019

R.G. Welten

Vorsitzender der Verbandsversammlung

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Münster

Bezirksregierung Münster

48128 Münster

NRW UMWELTSCHUTZ

**Das
Grüne
Telefon:
0251/
4113300**



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 48128 Münster zu richten. – Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich. Redaktionsschluss: Freitag 10.00 Uhr. – Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €. Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €. Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 0,50 € Versandkosten erhoben. Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 2,00 € Versandkosten, werden Ende des Jahres per Rechnung ausgewiesen.

Abonnementsbestellungen und – Kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3, 48143 Münster,

Auskunft erteilt Frau Brockmeier, Tel. 0251-411-1097

Email: poststelle@brms.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Münster

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Münster